

## Wertewandel in den 1970ern und die Folgen

---

Ohne die Zeitenwende der siebziger Jahre sind die Grünen nicht zu denken. Das »rote Jahrzehnt« oder das »sozialdemokratische Jahrzehnt«, wie es genannt wurde, war eine Phase des tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruchs und der Liberalisierung. Auch war es ein Jahrzehnt der starken politischen Polarisierung und der neuartigen Krisenphänomene: Die Ölpreiskrisen und der Konflikt um die Kernkraft dominierten die Agenda genauso wie steigende Arbeitslosigkeit oder der Terrorismus der Roten Armee Fraktion (RAF). [...] Es waren die Jahre einer neuen Generation und die Jahre »danach«: nach »1968« und »nach dem Boom«.

In den siebziger Jahren zerfiel die breite Protestbewegung der »68er« in zahlreiche Splittergruppen. [...] Nach dem »Deutschen Herbst« 1977 wurde jedoch immer deutlicher, dass der allergrößte Teil des linkskritischen Milieus dabei war, sich Protest- und Lebensformen jenseits der Gewalt zu suchen. Dennoch sollte die »Gewaltfrage« der siebziger Jahre ihre Schatten bis weit in die achtziger Jahre hinein werfen. [...]

Im Kern basierte [das linksalternative Milieu] auf den sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen und war Ausdruck eines grundlegenden Wertewandels, der sich seit Mitte der sechziger Jahre in allen westlichen Industrienationen abgezeichnet hatte. Nach einem einzigartigen Wirtschaftsboom war spätestens seit der Ölpreiskrise 1973 in weiten Teilen der Bevölkerung der bislang dominierende Glaube an die Planbarkeit des immerwährenden Fortschritts und Wohlstands geschwunden. [...] Die neuen Werte und visionären Ziele verlangten auch nach neuen Formen der politischen Mitbestimmung. Die Protest- und Emanzipationsbewegung verlagerte sich immer mehr auf Bürgerinitiativen und bunt-alternative Gruppen. Mit ihren Vorstellungen einer echten Demokratie »von unten« waren sie damit eine Herausforderung für die als zunehmend starr empfundenen Politikmodelle der alten Wirtschaftswunderrepublik. Mitte der siebziger Jahre gab es in der Bundesrepublik Tausende von Bürgerinitiativen - und fast täglich kamen neue Aktionsgruppen hinzu. Meist formierte sich der Protest auf lokaler Ebene gegen Straßenbauvorhaben, gegen infrastrukturelle Großprojekte wie den Ausbau von Flughäfen, gegen die sogenannte Sanierung historischer Stadtviertel oder gegen die Verschmutzung von Flüssen. Rasch fanden sich die lokalen Aktionsbündnisse zu überregional agierenden Bewegungen zusammen. In den siebziger und achtziger Jahren engagierten sich so Hunderttausende in der Bundesrepublik gegen Atomkraft, atomares Wettrüsten und Umweltverschmutzung, für die Rechte der Frauen, die Anliegen der »Dritten Welt« sowie für Bürger- und Minderheitenrechte. Vor allem durch die sogenannte »Nachrüstung« im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses 1983 und die drohende Verschärfung des Kalten Krieges konnte die Friedensbewegung einen guten Teil dieser Bewegungen bündeln und über mehrere Jahre hinweg in einem bis dato ungesehenen Ausmaß mobilisieren.

[...] Von dem Zeithistoriker Sven Reichardt wird der Kern der Linksalternativen auf rund 300 000 bis 600 000 Aktivisten beziffert, wobei schon zeitgenössische Untersuchungen von Meinungsforschern den größeren Kreis dieses linksalternativen Milieus auf über fünf Millionen Menschen schätzten. Aus dem Wunsch nach politischer Beteiligung und aus der Einsicht in das Scheitern der älteren, dogmatischen Ansätze entstanden im Lauf der siebziger Jahre neue Formen des individuellen Politikengagements. Im Vordergrund stand dabei die »Politik der ersten Person«, gespeist aus eigener Betroffenheit und Gemeinschaftssuche. Abgeleitet wurde dieses Lebens- und Politikprinzip aus der »68er«-Formel, wonach das Private politisch sei. Das bedeutete, dass nicht nur im politischen Raum, sondern auch im Alltag alternative Lebensformen gelebt werden sollten. So entwickelte sich auch in Baden-Württemberg vor allem in den Universitätsstädten Heidelberg, Freiburg und Tübingen ein linksalternatives Milieu. Doch auch in anderen großen Städten des Landes wie Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim oder Ulm war die »Szene« präsent. Eine ganze Infrastruktur alternativen Lebens entstand, die von Kinderläden und Buchhandlungen über Kooperativen und Kneipen bis hin zu Verlagen und Therapiegruppen reichte. Nachhaltig kulturprägend war auch eine Alternativpresse aus Szeneblättern, Underground-Zeitungen, Blättern der Bürgerinitiativen oder Stadtmagazinen, die auch über die Milieugrenzen hinaus Wirkung hatte. Leitmedien waren die 1978 in West-Berlin gegründete *tageszeitung (taz)* oder der *Frankfurter Pflasterstrand*, aber auch kleinere lokale Blätter wie das in Heidelberg aus einer studentischen Zeitung hervorgegangene Szeneblatt *Carlo Sponti*. Vor allem in Baden-Württemberg waren aber auch die Landkommunen und anthroposophischen Zirkel ein nicht unwesentlicher Teil dieser alternativen Lebenswelt, die beileibe nicht nur städtisch verankert war.

(aus: Reinhold Weber/Rezzo Schlauch: Keine Angst vor der Macht. Die Grünen in Baden-Württemberg, Köln: Emons 2016, S. 14-20 (Auszüge))